

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Oskar Lipp

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)

Raus aus dem Verbrenner-Aus - Aufschiebung und Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte (Drs. 19/4316)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bayern steht an einem Wendepunkt. Die wirtschaftliche Substanz unseres Freistaates wird durch ideologisch getriebene Fehlentscheidungen zerstört. CSU und FREIE WÄHLER haben unsere Industrie und unseren Mittelstand mit ihrer opportunistischen Politik in eine Sackgasse manövriert. Die Folgen: Arbeitsplatzabbau, Werkschließungen und Abwanderung. Doch die negativen Folgen des Verbrennerverbots sind eben kein Zukunftsszenario, sie sind leider bereits Realität.

(Beifall bei der AfD)

Die EU und ihre Komplizen in Berlin und München haben ein CO₂-Strafsystem installiert, das bereits ab 2025 milliarden schwere Zahlungen für deutsche Autobauer vorsieht. BMW, Audi und Co. werden mit horrenden Summen bestraft, weil sie Fahrzeuge herstellen, die von den Bürgern gewollt und auch gekauft werden. Für jedes überschrittene Gramm CO₂ über den erlaubten Durchschnitt von circa 94 Gramm pro Kilometer hinaus müssen 95 Euro pro verkauftem Fahrzeug an die EU gezahlt werden. Das bedeutet Arbeitsplatzvernichtung auch in Bayern. Allein bei Audi in Ingolstadt, in meiner Heimatregion, werden 9.000 Stellen gestrichen. Ein wirtschaftlicher

Kahlschlag droht, weil die Regierung ideologisch verblendet ist und auf EU-Ebene weiterhin an ihrem gescheiterten Green Deal festhält.

Was macht Markus Söder? – Plötzlich entdeckt er seine Liebe zum Verbrennungsmotor wieder. Dieselbe CSU, die unter Ursula von der Leyen das EU-Verbrennerverbot mitgetragen hat, gibt sich nun als Retter der Automobilindustrie. Das ist ein reines Hütchenspiel, meine Damen und Herren. Denn während man die Strafzahlungen jetzt erst ab 2027 verhängen will, bleibt der ruinöse CO₂-Fahrplan weiterhin bestehen. Aufgeschoben ist eben nicht aufgehoben.

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Die Ampelkoalition und die Union betreiben politische Selbstzerstörung, und Bayern zahlt am Schluss die Rechnung. Doch es kommt noch schlimmer: Während man der deutschen Industrie CO₂-Strafzahlungen aufbrummt, werden militärische Emissionen von den Klimazielen ausgenommen. Ein Vergleich macht es deutlich: Ein Audi A4 2,0 TDI produziert circa 13 Kilogramm CO₂ auf 100 Kilometer. Ein Leopard-2-Panzer dagegen im schweren Gelände produziert 1.400 Kilogramm CO₂ auf derselben Strecke. Das ist das Einhundertfache, meine Damen und Herren. Trotzdem soll die deutsche Autoindustrie für minimalste Abweichungen Milliarden zahlen, während die Bundesregierung 500 Milliarden Euro in neue Waffen investiert. Das zeigt: Hier geht es eben nicht um den Klimaschutz, sondern um Kontrolle und wirtschaftliche Zerstörung.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD sind die einzige Partei, die für eine echte wirtschaftliche Kehrtwende steht, nämlich erstens für die sofortige Abschaffung des Verbrennerverbots und der CO₂-Bepreisung, zweitens für echte Technologiefreiheit statt planwirtschaftlicher E-Mobilität, drittens für die Wiederinbetriebnahme unserer Kernkraftwerke für bezahlbare und verlässliche Energie, viertens für die Rückkehr zu einer Politik, die sich am Wohlstand

unseres Volkes orientiert und nicht an ideologischen Luftschlössern. Und vor allem: Kein Umbau unserer Wirtschaft zur Kriegswirtschaft. Denn, meine Damen und Herren, Bayern braucht keine grüne Planwirtschaft. Bayern braucht wirtschaftlichen Erfolg, Innovation und Arbeitsplätze. Wir haben die Wahl: Weiter in die Deindustrialisierung oder in eine Zukunft mit Wohlstand und echter wirtschaftlicher Freiheit? Die AfD steht bereit, Bayern auf diesen Weg zurückzuführen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es beim Tagesordnungspunkt vorher auch schon besprochen: Bayern ist das Autoland. Wenn bei uns die Autoindustrie nicht funktioniert, dann geht es auch Bayern schlecht. Egal, ob Audi, BMW oder MAN – die Branche hat circa 1.100 Unternehmen. Es kommen rund 7.000 Kfz-Betriebe dazu. 450.000 Bayerinnen und Bayern arbeiten also in der Fahrzeug- und Zulieferindustrie. Man kann in dem Fall sagen: Die Automobilindustrie ist die bayerische Leitökonomie. Deswegen ist es wichtig, dass wir sie hochziehen.

Außerdem ist in diesem Zusammenhang wichtig: Wir befinden uns in einem Transformationsprozess. Transformation ist an sich nichts Schlechtes, sondern etwas ganz Normales. Wir müssen überlegen, wie wir den Unternehmen in ihren Chancenfeldern helfen, dass sie ihre Chancen optimal nutzen können.

Dieser Dringlichkeitsantrag berührt auch das Thema Klimaschutz. Deswegen möchte ich an dieser Stelle verdeutlichen: Das Ziel muss sein, bis zum Jahr 2045 die Klimaneutralität hinzubekommen. Man muss dies aber ohne Schaum vor dem Mund und ohne Dogmatismus tun, sondern immer in der Abwägung dessen, was realistisch machbar ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Toni Schuberl (GRÜNE): Bis 2040 in Bayern! – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Die AfD leugnet den Klimawandel. Es ist immer wieder erschreckend: Man muss die Klimawissenschaftler nur anhören. Dann weiß man auch, was Sache ist. Man kann aber auch mit offenen Augen durch die Welt gehen. Wenn man die Flutkatastrophen bei uns in Bayern allein im Mai 2024 oder die Zerstörung der Bobbahn in Berchtesgaden im Jahr 2021 sieht oder die Trockenperioden in Franken mitbekommt, dann weiß man, dass wir auch in Bayern einen Klimawandel haben und wir etwas tun müssen. Angesichts all dessen den Klimawandel weiterhin gänzlich zu leugnen, ist nicht nur schändlich, sondern auch ein Vergehen an der nächsten Generation. Wir müssen diese Fragen angehen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, dies so zu tun, wie wir es in Bayern tun.

(Beifall bei der CSU)

Es ist aber das Problem mit der AfD: Egal, welche sinnvollen Lösungen vorgebracht werden, die AfD ist immer nur dagegen.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Es ist spannend, warum heute wieder dieser Dringlichkeitsantrag kommt. Ich sage Ihnen, warum es spannend ist.

Zu dem, was Sie fordern, ist die Bayerische Staatsregierung bereits im letzten Jahr aktiv geworden. Sie ist aktiv geworden und hat gesagt: Wir wollen bewusst schauen, wie wir in der Situation etwas ändern können. Sie hat reagiert. All das, was Sie fordern, ist bereits umgesetzt. Der Kollege Saller hat das vorhin auch schon ausgeführt. Auf Initiative der Bayerischen Staatsregierung hat sich in Europa etwas bewegt. Das muss man sehen. Das liegt daran, dass Sie von der AfD monatelang zu spät sind. Wenn Sie dieses Thema heute finden, dann ist das zwar schön. Die Bayerische

Staatsregierung und die beiden Regierungsfractionen waren aber einfach sieben Monate schneller und sind die Probleme bereits angegangen.

Wir müssen aber die Sorgen und Nöte schon ernst nehmen. Es gibt viele Menschen in der Automobilindustrie, denen es nicht gut geht und die Sorge haben. Deswegen lautet die Frage durchaus, wie wir ideologiefrei und offen für alle Technologien unseren Weg gehen können. Nachdem der Kollege Lipp vorhin auch das Wort "ideologiefrei" benutzt hat, musste ich ein bisschen schmunzeln; denn "ideologiefrei" und AfD passt aus meiner Sicht nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man sieht, wie viele Unternehmen in Bayern betroffen sind. Wir haben vorhin von Ingolstadt und Schweinfurt gehört. Das sind Regionen, in denen es die Menschen umtreibt. Genau deswegen ist es wichtig, dass wir genau die Dinge tun, die wir tun. Die bayerische Leitökonomie müssen wir nach oben ziehen. Wir müssen es schaffen, dass die Folgen abgemildert werden, soweit dies in unserer Macht steht. Ich bin zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung in der Lage ist, die Weichen richtig zu stellen. Die alte Bundesregierung war in dieser und in vielerlei anderer Hinsicht leider ein Totalausfall.

Alles in allem: Die Anliegen, die die AfD in ihrem Dringlichkeitsantrag vorbringt, sind alle schon auf den Weg gebracht. Sie sind alle schon von der Staatsregierung und den regierenden Fraktionen bearbeitet und organisiert. Wenn die AfD sieben Monate zu spät kommt, dann ist das dem geschuldet, dass sie an den Themen im Gegensatz zu allen anderen Parteien nicht dicht dran ist. Ich glaube, an der Stelle sagen zu können: Es braucht diesen Dringlichkeitsantrag nicht, wie es die AfD auch nicht braucht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute im Plenum einen Dinglichkeitsantrag, der bereits im Wirtschaftsausschuss ausführlich besprochen wurde. Noch dazu ist dieser Dinglichkeitsantrag längst überholt, wie die Kollegin Kerstin Schreyer das soeben richtig ausgeführt hat.

Die EU-Kommission hat in der letzten Woche bereits beschlossen, dass sie den europäischen Autobauern entgegenkommt und in den beiden Folgejahren ermöglicht, erhöhte Flottengrenzwerte auszugleichen. Damit ist das Thema eigentlich erst einmal vom Tisch.

Man hört aber immer wieder Einigkeit durch: Wir müssen uns trotzdem fortbewegen. Auch wenn die AfD es nicht wahrhaben will: Die Welt hat sich verändert. Es nutzt nichts, wenn wir weiterhin Autos mit einem Verbrennungsmotor produzieren, aber der Rest der Welt sie nicht mehr kaufen möchte. Wir haben eine Wettbewerbssituation mit China. Wir haben das ganz klar erläutert.

Letztendlich haben unsere deutschen und bayerischen Autobauer das Problem, dass die Exportzahlen zurückgegangen sind. Aber auch die Verkäufe im Inland sind zurückgegangen, weil kleine und bezahlbare Autos deutscher Autobauer auf dem europäischen und deutschen Automarkt fehlen. Das ist die zu lösende Aufgabe. Dafür braucht es Investitionen. Dafür braucht es ein Vorangehen in die Zukunft. Manche Autobauer haben sich schon ausreichend auf die neuen Grenzwerte eingestellt; andere arbeiten noch daran. Dafür hat man die Restriktionen gelockert. Wir müssen letztendlich aber auf die Flottengrenzwerte kommen.

Das ist auch wichtig für die Investitionssicherheit. Es ist wichtig für die Arbeitsplätze und auch überhaupt wichtig für die Fahrzeugindustrie in Bayern, in Deutschland und auch in ganz Europa. Wir müssen uns so verhalten, dass wir konkurrenzfähig und klimaneutral sind – all das ist fraglos nötig. Wir stellen ganz klar fest, dass wir diese Konsequenzen ziehen müssen.

Jahrelang wurden Entscheidungen zu spät oder falsch getroffen. Jetzt muss man mit Vollgas auf den Elektromotor umsteigen und voranschreiten; man darf nicht rückwärtsgehen. Man muss die emissionsfreie Mobilität über die Automobilindustrie sicherstellen. All das steht außer Frage. Man muss die Ladeinfrastruktur schaffen und die Stromnetze ausbauen. Vor allem muss man das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik stärken. Man muss aufhören, immer hin und her zu springen. Wir brauchen Zuversicht. Das sind die Themen, die wir den Menschen gemeinsam vermitteln müssen. Dieses Thema gehört auch dazu. Wir dürfen nicht mehr hin und her eiern. Ich glaube, das ist den meisten Leuten klar. Im Wirtschaftsausschuss ist der Dinglichkeitsantrag abgelehnt worden. Ebenso wird es ihm auch hier im Plenum durch uns und die anderen Fraktionen ergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht der Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dinglichkeitsantrag der AfD lautet wie folgt:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene für einen Aufschub auf das Jahr 2027 und eine grundsätzliche Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte einzusetzen."

Hinter diesen ersten Absatz, den Aufschub bis zum Jahr 2027, können wir einen Haken setzen. Das haben wir bereits erledigt. Schauen wir mal, wie es mit den Strafzahlungen weitergeht. Die Diskussion ist aus meiner Sicht wieder eröffnet. Der zweite Absatz Ihres Dinglichkeitsantrags lautet:

"Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die CO₂-Intensität von Antriebsträngen in allen legislativen, exeku-

tiven und judikativen Zwecken nach dem Well-to-Wheel-Prinzip und über den gesamten Lebenszyklus berechnet wird."

Diesen Antrag haben Sie deckungsgleich schon zum Tagesordnungspunkt 8 gestellt. Zu diesem habe ich vorhin schon Stellung genommen. Also ist das auch schon erledigt. Es bleibt dabei: Der Dringlichkeitsantrag ist abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag ist durch das Handeln auf europäischer Ebene und durch das Handeln der Bundesregierung schon erledigt. Ich bin es leid, immer wieder Anträge von der AfD hier zu hören, mit denen implizit gesagt wird: "Wir leugnen den Klimawandel. Den Klimawandel gibt es nicht. Wir müssen in der Hinsicht gar nichts machen, weder eine Energiewende einleiten, noch den Verkehr klimaneutral machen." Sie sind so was von gestern, das gibt es gar nicht! Mehr braucht man dazu nicht zu sagen. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nachdem ich vorhin zu Tagesordnungspunkt 7 einen Vorbehalt zur Verhängung einer Ordnungsmaßnahme formuliert habe, darf ich das, bevor ich die Sitzung schließe, auch noch zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt 8 tun; dort sind ähnliche Begrifflichkeiten gefallen. Wir werden uns das im Präsidium alles anschauen. Die Sitzung ist aber erst einmal geschlossen. Schönen Abend.

(Schluss: 17:50 Uhr)